

# Nachrichten

vom

Mercedesplatz

Juli 2003

Meldungen und Meinungen von Kollegen für Kollegen  
der DaimlerChrysler AG Werk 69 Kassel

Web: [www.alternativemetaller.de](http://www.alternativemetaller.de)

## Weitere Ausweitung der Betriebsnutzungszeit!

Wer am Mittwoch, den 9.7.03, die Zeitung HNA gelesen hat, weiß nun endlich wohin die weitere Reise in Punkto Arbeitszeit hier im Werk Kassel gehen soll (Artikel-auszug mit den Positionen der BR Fraktionen rechts unten).

Nach dem 17-Schichtenmodell wird nun eine weitere Ausweitung der Betriebsnutzungszeit auf 135 bzw. 144 Stunden pro Woche, von der Werkleitung, angestrebt.

Im Grundsatz soll es zwei weitere Schichtmodelle geben:

1. Ein 18 -Schichtenmodell a. 7,5 Stunden am Tag, (an 6 Tagen in der Woche in dem Zeitraum von Sonntag 22.00 Uhr bis Samstag 22.00 Uhr) gleich 135 Std. Betriebsnutzungszeit pro Woche. Als Pause werden täglich 0,5 Std. unbezahlt gewährt. Dieses Modell soll nach dem Prinzip 3 Wochen arbeiten und dann 1 Woche frei laufen. Die durchschnittliche Arbeitszeit im Zeitraum von 4 Wochen beträgt dann 33,75 Std. pro Woche. Wobei dann eine Lohnkürzung von 3,57 % anfallen würde, oder 4 Std. bzw. 5 Std. Nacharbeit fällig wäre.
2. Ein 24 -Schichtenmodell a. 6 Stunden am Tag (an 6 Tagen in der Woche in dem Zeitraum von Sonntag 22.00 Uhr bis Samstag 22.00 Uhr) gleich 144 Std. Betriebsnutzungszeit pro Woche. Aus gesetzlichen Gründen ist keine Pause notwendig. Bei diesem Modell kommt man auf eine Arbeitszeit von 36 Std. pro Woche, wobei dann 1 Std. Zeitgutschrift anfallen würde.

Nach unserer Einschätzung wird das 24-Schichtenmodell von der Belegschaft, aus wirtschaftlichen Gründen, auf Ablehnung stoßen (Fahrtkosten im Verhältnis zur kurzen Arbeitszeit an 6 Tagen). Zudem kommt das Dilemma, dass der "freie" Samstag für das ganze Jahr futsch ist!

Wir Alternativen Metaller halten auch weiterhin Investitionen in Maschinen, vor Ausweitung der Betriebsnutzungszeit, für die beste Lösung. Wer ernsthaft in das USA /NAFTA Geschäft mit größeren Umfängen einsteigen will, kommt ohne zusätzliche Maschinenkapazität ohnehin nicht aus.

### **Position der AM zum 18 -Schichtenmodell.**

Ein 18 -Schichtenmodell mit Lohnkürzung oder nacharbeiten der Minusstunden am Samstag, mit Schichtzeiten von 10 Std., wird es mit uns nicht geben.

Wir wissen aber aus der Auseinandersetzung um das 17-Schichtenmodell heraus, dass wir mit einem bloßen "Nein" nichts erreichen. Daher kann nur mit entsprechenden alternativen Vorschlägen reagiert werden.

**So können wir uns die Wiedereinführung der bezahlten Pausen, im Dreischichtbetrieb, vorstellen.** Damit hat das Unternehmen im 18-Schichtenmodell nach dem Setzungsprinzip ebenfalls die Möglichkeit einer Betriebsnut-

So haben Betriebsratsvorsitzender Dieter Seidel und sein Stellvertreter Robert Heinrich für ihre IG-Metall-Fraktion in der Arbeitnehmer-

### **„Neues Modell ist zumutbar“**

vertretung bereits grundsätzlich Zustimmung signalisiert. „Das Arbeitszeitmodell ist unter den gegebenen Umständen zumutbar“, sagt Heinrich unter Hinweis auf die Arbeitsplatzsicherheit. Allerdings müsse über Details noch verhandelt werden.

Sein Kollege von der wesentlich kleineren Fraktion der Alternativen Metaller, Klaus Ehlers, lehnt das Schichtmodell ab. Man werde weder Lohnneinbußen noch einem Arbeitszeitausgleich am Samstag (siehe Hintergrund) zustimmen, sagt er.

Im Betriebsrat hat die IG-Metall-Fraktion mit 18 von 23 Sitzen das Sagen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

zungszeit von 144 Std. Die durchschnittliche Arbeitszeit im Zeitraum von 4 Wochen beträgt dann ebenfalls 36 Std. pro Woche, wobei 1 Std. Zeitgutschrift anfallen würde. Der Jahresurlaub muss weiterhin bei 30 Tagen liegen!

Sicherlich würden die Lohnkosten wieder ansteigen, aber im Verhältnis zur Steigerung der Anlagennutzung nur eine geringe Rolle spielen.

Im Übrigen bezahlen alle namhaften Automobilhersteller,

inklusive unserer inländischen Daimler-Schwesterwerke, die Pausen im Dreischichtbetrieb.

Wir denken, dass unser Vorschlag für alle Seiten ein tragfähiger Kompromiss ist.

Es bleibt abzuwarten, ob die IG Metall-Liste des Betriebsrates bereit ist, gemeinsam mit uns Alternativen Metallern diesen Weg zu gehen.

# Nafta – Auftrag

Die ganze Sache erscheint reichlich dubios. Da heißt es von Seiten der Werkleitung, zur Erringung des Nafta – Auftrags der Baureihe 2 müsse gegenüber einem mexikanischen Hersteller eine Kostenlücke von 70 – 80 EUR geschlossen werden. Aktuell liegt der Preisunterschied deutlich darunter. Wie auch immer, ob es real eine Kostenlücke gibt und wie groß die ist, ist letztlich Glaubenssache.

Fakt ist jedoch, wir bauen bereits Radsätze der Baureihe 2 für den US-Markt. In diesem Jahr 9 000, in 2004 ca. 18 000 und 2005 ca. 28 000. Wir haben also den Auftrag, müssen ihn aber gleichzeitig noch erringen. Das verstehe wer will. Es geht wohl vielmehr darum, für diesen bescheidenen Auftrag eine unbescheidene Forderung zu stellen. Bei den jüngsten Gesprächen zwischen der Verhandlungsgruppe des Betriebsrats und der Werkleitung wurde einmal mehr deutlich, was man (WL) will:

**-eine Betriebsnutzungszeit von 135 bis 144 Stunden.**

**-weiter hin soll es keine Fortführung der Standortvereinbarung geben, die ja bekanntlich Ende 2004 ausläuft!**

**Angeblich gibt es von Seiten des Vorstands DC keine Bereitschaft zur Verlängerung und die Werkleitung selbst hätte kein Verhandlungsmandat,**

**- auch ein Alkoholverbot, sowie eine Verschlechterung der Gleitzeitvereinbarung sollen der Preis für einen Weiterbau der Baureihe 2 für den US-Markt sein.**

**Was hier ein Alkoholverbot mit der Erringung des Nafta- Auftrags zu tun hat, bleibt uns verborgen.**

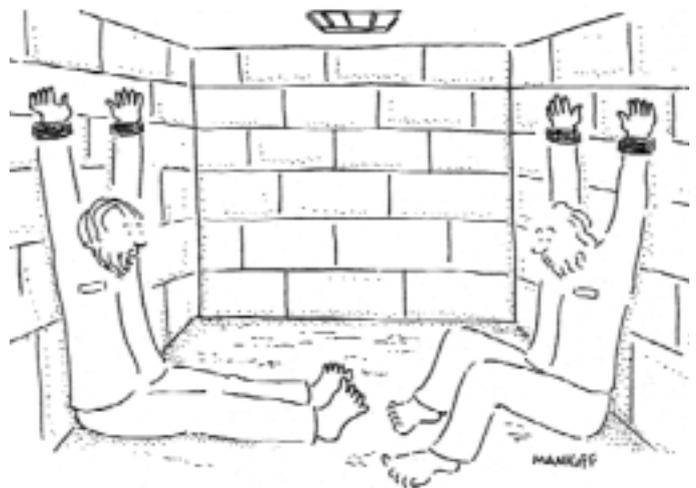
**Hauptziel der WL bleibt jedoch die Durchsetzung einer Ausweitung der Betriebsnutzungszeit. Die ist nur mit der Einführung der Spätschicht am Samstag möglich. Natürlich soll dann an den beiden Samstagsschichten zuschlagsfrei gearbeitet werden. Damit lässt sich langfristig eine Menge Invest einsparen.**

Von Seiten der IGM-Fraktion, deren Vertreter die Verhandlungen führen, hält man sich bedeckt. Es gibt bisher keine konkrete Aussage was man will. In der Regel verheißt das schon allein wenig gutes. Jedenfalls ist momentan von den großen Visionen, den amerikanischen Markt mit größeren Stückzahlen Radsätzen zu beliefern, nichts zu hören.

**Wir Alternativen Metaller sagen:**

Wer ernsthaft den US-Markt mit größeren Umfängen beliefern will, kommt ohne zusätzliche Maschinenkapazität nicht aus

**Wen kann da die Meldung noch erschüttern, dass das Werk Kassel Schlusslicht bei dem Erreichen der Sparziele ist. So ist es jedenfalls von Seiten der Werkleitung zu hören, nachdem Illi bei Dr. Weber war. Es sollen ja allein im Werk Kassel 320 000 Fertigungsstunden eingespart werden. Umgerechnet entspricht das ca. 220 Arbeitsplätzen. Wer mit solchen Ratio-potentialen operiert, braucht sich über wirtschaftliche Stagnation und Massenarbeitslosigkeit nicht zu wundern.**



**»Du musst die Beschränkung deiner  
Freiheit akzeptieren im Ausgleich  
für mehr Sicherheit.«**

# Umgang mit dem Streikdebakel!

Der verloren gegangene bzw. abgesagte Arbeitskampf um die 35 Stundenwoche, im Osten unseres Landes, ist bestimmt eine schlimme Sache. Anstatt nun in den Führungsgremien der IG Metall eine genaue Analyse des Streikdebakels vorzunehmen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein, sucht man schnellstens einen Sündenbock für die Misere. Dieser ist in Jürgen Peters, 2. Vorsitzender der IG Metall, und Hasso Düvel, Bezirksleiter Berlin -Brandenburg -Sachsen, schnell ausgemacht.

Allen voran Klaus Zwickel, 1. Vorsitzender der IG Metall, macht in aller Öffentlichkeit mit Rücktrittsforderungen Front gegen seinen eigenen Stellvertreter, Jürgen Peters. Hier will wohl Zwickel, und andere, von seinen/ihren eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken. Der Beschluss zum Streik und die Strategie hierzu war doch auch mit seiner Stimme, einstimmig, im Vorstand gefaßt worden.

Fernwirkungen des Streiks, auf den Westen der Republik, Peters zum Vorwurf zu machen, ist schon recht sonderbar. Einen Streik ohne Auswirkungen sollte man gar nicht erst anfangen, ist er doch von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Einen Streik abubrechen, der gerade Wirkung zeigt, muss man wohl erst noch verstehen lernen. Zudem ist es schon recht sonderbar und auch nicht satzungskonform, den Streikabbruch in der Öffentlichkeit von Zwickel verkünden zu lassen, ohne vorher die zuständigen Gremien einzubeziehen. Den notwendigen Beschluss hierfür erst im nachhinein einzuholen, entspricht keinen demokratischen Spielregeln.

Aber auch einige Westbetriebsräte der Autoindustrie haben sich nicht gerade solidarisch verhalten. Offen übten sie Kritik am Streik und dessen Auswirkungen auf die Westbetriebe. Dabei hätten wir hier die Möglichkeit gehabt, die deutsche Einheit unter Beweis zu stellen. Zwickel will wohl nun die Gelegenheit nutzen, um seinen ungeliebten Stellvertreter los zu werden. Hatte er doch

bereits im Vorfeld versucht Berthold Huber, Bezirksleiter Baden-Württemberg, als seinen Nachfolger öffentlich zu küren.

Aber auch andere Heckenschützen haben bereits im Vorfeld gegen Peters gewirkt. Wie anders sollte man sonst die "Protestaktion" von Robert Heimrich, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender des DaimlerChrysler Achsenwerkes und Mitglied im Gesamtbetriebsrat, verstehen.

Am 26.5.03, auf der öffentlichen Protestkundgebung, von IG Metall und Ver.di, vor dem Infocenter Klinikum Kassel, zum Thema: Sozialabbau - Agenda 2010 der Bundesregierung, wurde folgendes Schild, demonstrativ in vorderster Front, von Robert Heimrich, vor ca. 300

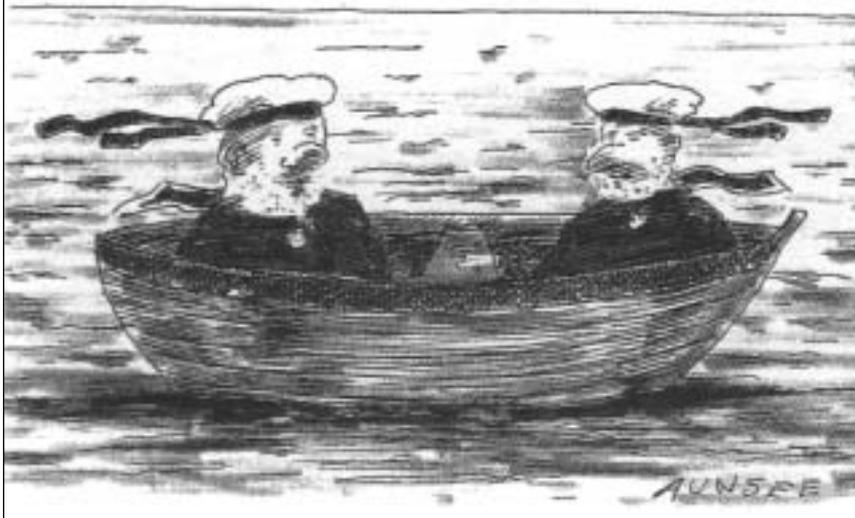
Teilnehmern, zur Schau gestellt.

Zitat:

*"Wer Kanzlerrunden platzen läßt, dagegen Arbeiter auf die Straße hetzt, aus meiner Sicht leere Phrasen drischt der, liebe Kollege Peters verdient den Vorsitz nicht!"*

Ein verdammt mieses Spiel, was mit den Kollegen Peters und Düvel betrieben wird.

## Wohin, Kapitän, geht die Reise?



Hier sollen wohl voreilig Köpfe rollen, damit keine Aufarbeitung in der Sache mehr stattfinden kann.

Tiefergründig gesehen handelt es sich hier jedoch um einen schon länger brodelnden Richtungskampf und Putschversuch, der so genannten "Neuerer" gegen die so genannten "Traditionalisten" der Richtung Peters.

Wir Alternativen Metaller halten es hier lieber mit der Richtung Peters, mit den so genannten Co -Managern haben wir schon genug negative Erfahrungen gemacht.

Wenn dieser mies geführte Machtkampf nicht bald aufhört, müssen sich die Verantwortlichen nicht wundern, wenn immer mehr Kollegen der IG Metall den Rücken kehren.

# Antrag abgelehnt!

In der letzten Zeit gab es immer häufiger Beschwerden über Vorgesetzte, die kranke Kollegen zu Hause anrufen haben, um sie mehr oder weniger zur Arbeitsaufnahme zu drängen.

Dieser, von der Werkleitung gesteuerten und vom Betriebsrat bisher hilflos zugesehenen Praxis, wollten wir **AlternativeMetaller** nicht mehr länger zusehen. Durch einen Beschluss im Betriebsrat sollte dem endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Informationen aus den "Arbeit & Ökologie-Briefen" (im Internet: [www.oekobriefe.de](http://www.oekobriefe.de)) haben uns aufhorchen lassen.

Ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts stellt klar, dass arbeitsunfähig geschriebene Beschäftigte ihrem regulären Arbeitsverhältnis nicht nachgehen können. Es gibt im juristischen Sinne keine teilweise Arbeitsunfähigkeit, wenn eine AU-Bescheinigung vorliegt.

Direkte Anweisung an Vorgesetzte seitens des Arbeitgebers, kranke Beschäftigte anzurufen und zu fragen ob sie nicht zur Arbeit kommen können, bedürfen ebenso der Zustimmung des Betriebsrates nach Betriebsverfassungsgesetz, wie bei Fällen, wo der Vorgesetzte dies von sich aus tut.

Am 3.7.2003 wurde dann ein entsprechender Antrag von uns im BR behandelt und zur Beschlussfassung gebracht. Unser Argument war, kranke Kollegen davor zu schützen, dass sie ihre eigene Gesundheit zurückstellen, wenn sie der Bitte oder dem Verlangen des Vorgesetzten folgen und trotz Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung an die Arbeit kommen.

Welcher Kollege will schon seine Vorgesetzten verärgern und widerspricht? Wer will schon den Anwesenheitsstand versauen? Oder kriegt man bei der nächsten Gelegenheit die Retourkutsche?

Der Kollege ist hier in einem Interessenskonflikt, aus dem ihn der Betriebsrat befreien muß: Er muß dem Unternehmen entsprechende Telefonanrufe untersagen!

Nichts einfacher als das, sollte man denken. Doch Pustekuchen!

Da wurde die Notwendigkeit des Antrags angezweifelt. Ob das überhaupt stimmt mit den Beschwerden der Kollegen. Das müsste doch erst überprüft werden. Außerdem könnten das doch nur Einzelfälle sein, dass sich Vorgesetzte am Telefon im Ton vergreifen. Und außerdem könnte eine Vorgehensweise geregelt werden, um solche Auswüchse zu verhindern.

Was bei solchen Regelungen herauskommt, sehen wir bei Krankenrückkehr- und Fehlzeitengesprächen: Um solche Gespräche zu vermeiden, kommen mittlerweile KollegInnen in bedenklich ungesunden Zustand an die Arbeit, oder machen Freischicht oder Urlaub anstatt sich vom Arzt krankschreiben zu lassen!

Das Thema folglich einem Ausschuss zu übertragen (Beerdigung dritte Klasse), haben wir wegen der Eilbedürftigkeit abgelehnt. Und vor allem, weil es für uns keine andere Lösung geben kann, als dem Unternehmen zu untersagen, krankgeschriebene KollegInnen zu Hause anzurufen um sie zur Arbeitsaufnahme zu bewegen.

Leider waren die Neinsager in der Überzahl, die sich nicht entschließen konnten, sich schützend vor die KollegInnen zu stellen, die sie angeblich vertreten wollen. Das hätte ja schließlich zur Folge, der Werkleitung mal vors Schienbein zu treten!

So bleibt es wieder an den "lieben Kollegen" selbst hängen: Der Aufforderung des Arbeitgebers nicht folge zu leisten, und während einer ärztlich bestätigten Arbeitsunfähigkeit keine Arbeit aufzunehmen!

## Lachnummer

**Stress und Arbeitshetze gemeinsam bekämpfen.** Diese Plakate der IGM hängen allenthalben noch verschämt in den Ecken rum. Angesichts der aktuellen betrieblichen Situation ist das wohl eher die Lachnummer. Die Realitäten in dieser Fabrik sehen doch ganz anders aus.

Was da die Mitarbeiter an den Maschinen und Montagen zur Zeit erleben, übertrifft mit Sicherheit ihre schlimmsten Erwartungen. Am gravierernsten sind wohl die Auswirkungen in den Montagen. Hier wird zweifellos am kräftigsten an der Leistungsschraube gedreht. Ein Ratioworkshop jagt den nächsten. Was

folgt sind, Vorgabezeitreduzierungen und enorme Stückzahlerhöhungen.

Schlimme Beispiele dafür sind die Kst. 211, 217 und 218, hier hat man den Koll. mal eben 15 % draufgepackt. In der Kst. 240 soll ein Mitarbeiter statt jetzt 11 Achsen zukünftig 16 Achsen pro Tag bauen. In der Kst. 265 wurde die Vorgabezeit mit Hilfe von AVIX um 12 % reduziert. Vorher wurde den Kollegen von IGM-Betriebsräten noch eingeredet, wie toll und großartig AVIX und die damit erreichten Arbeitserleichterungen sind. Nun kommt das dicke Ende.

**Es scheint fast so, als bestehe die Aufgabe der BR-Mehrheit darin, die schlimme Wirklichkeit zu ver-**

*schleiern und die Dinge schön zu reden. Wer wie Seidel und Co. die wirtschaftlichen Ziele mit den dazugehörigen Rationalisierungsmaßnahmen (Kaizen, Syncro, AVIX usw.) bejaht und akzeptiert, der braucht dann bei den sich daraus ergebenden Folgen keine Krokodilstränen vergießen. Das ist einfach nur verlangen. Dazu passt dann auch seine Umschreibung, "wir wollen Rationalisierung in sozialverträgliche Bahnen lenken". Eine solche Formulierung muss einem erst mal einfallen. Wie die bei den betroffenen Kollegen ankommt, wenn sie dann mehr Keulen müssen, lässt sich denken.*

*Jedenfalls wird hier der Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit immer größer. Das gilt gleichermaßen für das Missverhältnis zwischen dem was gesagt*

*und dem was getan wird. Da ist es kein Wunder, wenn der Unmut und die Unzufriedenheit in der Belegschaft wächst. Nicht zuletzt deshalb laufen doch der IGM die Mitglieder weg und deshalb sind auch immer weniger Mitarbeiter bereit, eine solche unselige Politik mitzutragen. Sie geht vor allem einseitig zu Lasten der Produktion und Instandhaltung.*

*Hier ist es offenbar Aufgabe der BR-Mehrheit für Ruhe an der Ratiofront zu sorgen, Motto "es geschieht doch alles nur zu euerem Besten". Statt Stress und Arbeitsdruck wirklich und ernsthaft zu bekämpfen, wird doch die permanente Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hier im Werk voll mitgetragen.*

# Abzockerexzesse

## -Selbstbedienungsladen DaimlerChrysler-

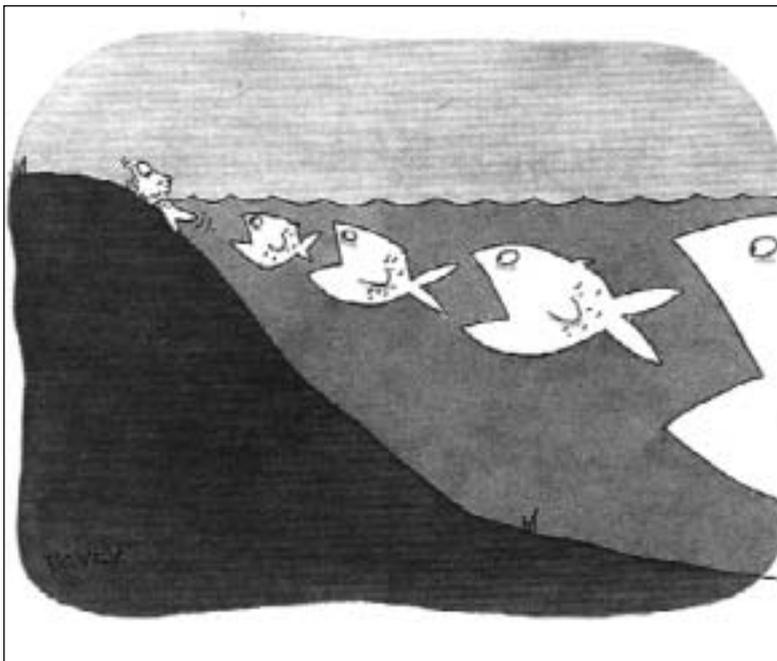
Nun wissen die Beschäftigten bei DaimlerChrysler, weshalb eine Fusion auf Betreiben des Daimlervorstandes vollzogen worden ist. Vollzogen nicht nur auf Grund einer Globalisierung, sondern damit Daimlervorstandsgelöhner an amerikanische Verhältnisse angepasst werden konnten. Und das heisst im Klartext:

Ab 2003 Erhöhung der Vorstandsgelöhner um sage und schreibe 131%. Jürgen Schrempp bekommt somit ab 2003 5,6 Mill. Euro im Jahr. Das sind pro Jahr mehrere Millionen Euro mehr. Und hier sind noch nicht einmal Aktienoptionen enthalten. Damit dies auch problemlos von statten gehen konnte, hat sich dann auch noch der Aufsichtsrat bedient. Das

karge Salär des Aufsichtsratsvorsitzenden, ein ohnehin überbezahlter Ruhestandler, hat sich um 120 % auf 229.000 Euro, unseres Spitzenvertreters Klemm um 100 % auf 154.000 Euro und das der anderen um 47 % auf 80.000 Euro erhöht. Und das in einer Zeit, wo andere den Cent zweimal umdrehen müssen. Wir jedoch sol-

len uns durch ein schlechtes Gewissen, das uns, Jahr für Jahr eingeredet wird, mit 2,6 % für 2003 zufrieden geben. Das sind Dimensionen, welche nur noch als masslos, unverschämte und gewissenlos bezeichnet werden können. Wer diese Vergleiche anprangert, der ist nicht neidisch oder sonst irgend etwas. Das entspricht einfach jeder Normalität. Schlicht und ergreifend:

Es gehört sich nicht, sich so masslos die Taschen voll zu machen. Und wir die Beschäftigten werden durch Verzicht und Leistungsverdrängung herangezogen. Das ist höchst unmoralisch und davon muss man sich distanzieren. Und die Moral der Geschichte:



Fokker war ein Milliardengrab, Chrysler und die anderen Beteiligungen nehmen sich hier nicht aus. Wir die Beschäftigten sollen mal wieder die Zeche zahlen. Das muss aufhören, die Verantwortlichen gehören zur Rechenschaft gezogen und nicht noch belohnt.

# Freischichtaufbau geltend machen!

## *Was lange währt wird endlich gut?*

So lautet ein alt bekanntes Sprichwort.

Angewandt auf die von uns mühsam erkämpfte Gewährung des Freischichtaufbaus an Feiertagen ist es für einen Teil der KollegInnen noch lange nicht gut.

Die Pfennigfuchser in der Werkleitung versuchen schon wieder die Belegschaft zu spalten, um sich langfristig dem Freischichtaufbau an Feiertagen zu entledigen. Danach sollen nur noch diejenigen davon profitieren, die vor 1999 im Betrieb beschäftigt waren. Die anderen ca. 250 KollegInnen sollen durch die Röhre gucken. Sogar diejenigen, die ihr Ausbildungsverhältnis noch vor 1999 begonnen hatten, sollen nach der Meinung der Werkleitung von dem Urteil ausgenommen werden.

Langfristig würde es das Ende für den Freischichtaufbau an Feiertagen bedeuten, wenn es nicht gelingt, für alle Beschäftigte des Werkes Kassel diese Regelung zu Erstreiten. Das geht jedoch nur, wenn jeder dem kein Freischichtaufbau an Feiertagen gewährt wurde, seinen Anspruch rückwirkend

und zukünftig persönlich gegenüber dem Unternehmen schriftlich geltend macht.

**Um allen die Antragstellung zu erleichtern, ist unten ein entsprechendes Formular abgedruckt, das Ihr ausgefüllt bei den Kollegen der AlternativenMetaller abgeben könnt, die es für Euch gesammelt ins Lohn- bzw. Personalbüro bringen.**

Wer nach den Erfolgsaussichten fragt, dem sei gesagt, dass eine gute Beteiligung an dieser Aktion ausschlaggebend dafür sein wird, dass solidarisches Handeln auch zum Erfolg führt.

Die rechtliche Position ist nur dann gut, wenn sie auch genutzt wird!

Nicht nur unser Urteil sollte hier zu unseren Gunsten sprechen, sondern auch der an anderer Stelle festgestellte Grundsatz, dass an Feiertagen, an denen Arbeit ausfällt, die gleiche Vergütung zu erfolgen hat, wie an Tagen, an denen gearbeitet wird.

**Deshalb: Freischichtaufbau an Feiertagen jetzt geltend machen!**

Name: \_\_\_\_\_

Kassel, den \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Werker-Nr.: \_\_\_\_\_

Kostenst.: \_\_\_\_\_

An die  
DaimlerChrysler AG Werk Kassel  
Lohnbüro  
Mercedesplatz 1  
34112 Kassel

Geltendmachung von Ansprüchen gemäß § 27 GMTV Hessen

Sehr geehrte Damen und Herren,  
hiermit mache ich rückwirkend und für die Zukunft für den gesamten Zeitraum meiner Beschäftigung, den angefallenen Freischichtaufbau an Feiertagen, geltend.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

# Rechtsstreit Homepage!

## Gütertermin gescheitert

Der am 26.6.03 stattgefundenene Gütertermin, vor dem Arbeitsgericht Kassel, ist buchstäblich an der sturen Haltung der Daimler Chryslervertreter gescheitert. Das Angebot der Alternativen Metaller, im Untertitel der Homepage den Bezug zum Betriebsrat als Gremium zu entfernen, in dem man Arbeitnehmervertreter anstatt Arbeitnehmervertretung schreibt und den Betriebsrat ganz weg lässt, wurde verneint. Der neue Untertitel würde dann lauten: **Arbeitnehmervertreter bei der DaimlerChrysler AG Kassel "Interessenvertretung statt Co-Management"**. Weiterhin wurde angeboten, die in den Nachrichten vom Mercedesplatz, Ausgabe Januar 03, genannten Vergleichspreise von 148 zu 230 Euro zu schwärzen. Auch dieses Angebot wurde verneint. Die Klagevertreter machten deutlich, dass sie ein Urteil in allen Anklagepunkten haben wollten.

Zudem wurde in der Argumentation der Klagevertreter deutlich, dass es ihnen in Wirklichkeit, in die Zukunft gesehen, um die Einstellung der Nachrichten vom Mercedesplatz geht.

So nannten sie unsere Zeitung ein unzumutbares Blatt was letztendlich nicht zu akzeptieren ist.

Der Antrag der Gegenseite, auf Eilbedürftigkeit, wurde von der vorsitzenden Richterin abgelehnt.

**So wurde der neue Verhandlungstermin, mit einem zu erwarteten Urteil, auf den 19. November 2003, 13.00 Uhr festgelegt.**

Wiederum am Arbeitsgericht Kassel, Ständeplatz 19, Saal 505. Die Sitzung ist öffentlich.

Erfreulich war, dass die Besucherplätze im Gerichtssaal bis auf den letzten Platz belegt waren.

Was auch deutlich wird, hier handelt es sich um einen politischen Prozess, der letztendlich nicht nur im Gerichtssaal entschieden wird.

Hier sind Kräfte am Werk, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.



### Geißler verteidigt Flächentarif

Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat den Flächentarifvertrag



als Garanten des geordneten ökonomischen Wettbewerbs verteidigt. Die neoliberalen Gegner der Gewerkschaften hingegen drohen, „die Marktwirtschaft endgültig zu Grabe tragen“, sagte Geißler dem Kölner „Express“. Der Flächentarifvertrag solle dafür sorgen, dass die Betriebe sich nicht durch Lohndumping Konkurrenz machen, sondern durch die Qualität der Produkte und Serviceleistungen. „Niedrige Löhne führen zu Schlamperei, Pusch am Bau und vermehrter Produktion von Ausschuss“, wird Geißler weiter zitiert.

**IMPRESSUM Herausgeber: AlternativeMetaller DaimlerChrysler Kassel [www.alternativmetaller.de](http://www.alternativmetaller.de)**

Klaus Ehlers	Halle 35	Telefon 802-3240	Erich Behrend	Halle 50	Telefon 2755
Vincenzo Sicilia	Halle 55	Telefon 3220	Klaus Cornelius	Halle 55	Telefon 3161
Klaus Berger	Halle 80 oben	Telefon 2645	Jörg Schmeißing	Halle 55	Telefon 3157
Udo Brehm	Halle 52	Telefon 3048	Stefan Engelbrecht	Halle 50	Telefon 2418
Werner Hellwig	Halle 80 unten	Telefon 2503	Wolfgang Albus	Halle 35	Telefon 4449
Erich Hoppe	Halle 50	Telefon 3384	Andreas Diedrichsen	Halle 50	Telefon 2755
Peter Reichhart	Halle 50	Telefon 3384	Helmut Röse	Halle 50	Telefon 4366
Thomas Müller	Halle 80 unten	Telefon 3207	Ralf Schade	Halle 35	Telefon 4416
Michael Renner	Halle 35	Telefon 3366	Nicole Welke	Halle 50	Telefon 3325
Erich Bauer	Halle 80 oben	Telefon 4260	Enrico Steuernagel	Halle 50	Telefon 4394

**+ Freunde = Erfolg • Druck: Eigenfinanzierung • Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Klaus Ehlers  
Spendenkonto: Raiffeisenbank Grebenstein Konto Nr.: 2 759 560 BLZ: 520 652 20 Werner Hellwig  
Verwendungszweck: "Alternative Metaller" Mail: [redaktion@alternativmetaller.de](mailto:redaktion@alternativmetaller.de)**